



TOP-THEMA

POLITIK & RECHT

HANDEL &

MARKT

TECHNIK

UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

GAS

ZAHL DES TAGES

110,29 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

40,95 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

94.700

KWK
„Die Kraft-Wärme-Kopplung muss ins GEG“

F&E
KI und Drohnen sollen für sichere Stromnetze sorgen

VERTRIEB
Lanxess ordert Ökostrom vom Verbund

MW betrug 2025 die Leistung von Biomassekraftwerken weltweit. Der globale Zubau erreichte im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit sieben Jahren

Inhalt

TOP-THEMA

→ **RECHT:** Militärflugplatz wehrt Aufstand der Windkraft erneut ab

POLITIK & RECHT

- **KWK:** „Die Kraft-Wärme-Kopplung muss ins GEG“
- **POLITIK:** DVGW sieht Handlungsbedarf bei Kraftwerken und Wasserstoff
- **STROMNETZ:** Acht Ostsee-ÜNB planen Offshore-Netze gemeinsam
- **STROMNETZ:** Isoliergas-Austritt: Jetzt ermittelt der Staatsanwalt
- **INSIDE EU ENERGIE:** Sauber, aber nicht nachhaltig

HANDEL & MARKT

- **BIOMASSE:** Globaler Zubau von Biomassekraftwerken steigt
- **REGENERATIVE:** Ökostrom-Anbieter starten fossilfreie Direktvermarktung
- **IT:** Stadtwerk Ostmünsterland macht bei Smartoptimo mit
- **STATISTIK DES TAGES:** Anteil der Wasserkraft an der Bruttostromerzeugung bis 2025

TECHNIK

- **F&E:** KI und Drohnen sollen für sichere Stromnetze sorgen
- **IT:** Neue Kiwigrid-Funktion bindet Wärmepumpen ein
- **STROMNETZ:** Onshore-Windparks liefern erstmals Regelreserve bei Tennet
- **IN EIGENER SACHE:** Volta-Xchange bringt Entscheider zusammen

UNTERNEHMEN

- **VERTRIEB:** Lanxess ordert Ökostrom vom Verbund
 - **VERTRIEB:** Ikea verkauft dynamischen Stromtarif
 - **PERSONALIE:** Drei Brandenburger Stadtwerke mit neuen Geschäftsführern
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Erleichterungsrallye nach Wende in Grönlandkrise
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Militärflugplatz wehrt Aufstand der Windkraft erneut ab



Quelle: Fotolia / aerogondo

RECHT. Ein Militärflugplatz in NRW hat einmal mehr die Windkraft gestoppt. Selbst zwei eher kleinere Modelle stellen laut Gericht immer noch ein zu großes Risiko für den Flugverkehr dar.

Der Militärflughafen Nörvenich ist klein, für einige Windkraft-Projekte in der Umgebung allerdings immer noch eine Nummer zu groß. Um Anflugkorridore für Kampfjets nicht zu stören, dürfen Turbinen eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Das wollte der Windpark-Entwickler für eine Vorrangzone jetzt vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster noch einmal überprüfen lassen.

Die Antwort erhält das Gladbecker Unternehmen SL Naturenergie nun in Kürze schriftlich. Die mündliche Abfuhr gab es bereits in der Verhandlung am 22. Januar. Der 7. Senat des OVG unter Vorsitz von Jens Saurenhaus ließ keinen Zweifel daran, dass die Sicherheitsaspekte beim Flugverkehr höher anzusiedeln seien als der Ausbau der erneuerbaren Energien an dieser Stelle.

Diese Stelle ist ein Gebiet der Stadt Zülpich. Sie gehört zum Kreis Euskirchen im Südwestzipfel von Nordrhein-Westfalen. Der Flugplatz Nörvenich ist etwa 12 Kilometer entfernt. Das klingt viel und man könnte meinen, zwei 200 Meter hohe Windenergieanlagen sollten da nicht sonderlich stören.

Besondere Sicherheitsaspekte bei Formationsflügen der Luftwaffe

Tun sie aber doch. Denn Geschwader benötigen ausreichend Puffer, um sich in vertikaler Anordnung, also gewissermaßen gestapelt, bei Formationsflügen an die Landung zu begeben und dann nacheinander aufsetzen zu können. Die Rotoren von Windenergieanlagen würden nun, so die Argumentation der in Münster beigeladenen Bundeswehr, den von Instrumenten gesteuerten Landeanflug empfindlich beeinträchtigen. Die entstehenden Reflexionen an den Rotoren seien vom Radar nicht von Flugzeugen zu unterscheiden.

SL Naturenergie kam mit den Ideen nicht durch, Änderungen zum Beispiel an den Sektorhöhen vorzunehmen. Die Mindestflughöhe sei nicht einfach so zu verändern, hieß es von Seiten des Militärs. Dessen Rechtsanwalt ließ es sich nicht nehmen, aus seiner Sicht mit einem Vorwurf aufzuräumen. „Wir sind kein Windkraft-Verhinderer“, sagte der Jurist.

Er führte an, dass die Bundeswehr für 94 Prozent der an sie herangetragenen Fälle eine positive Lösung ermögliche. Für diese Position spricht, dass Windkraftverbände und der BDEW noch in diesem Jahr einen Arbeitskreis mit der Bundeswehr aufleben lassen wollen. In ihm wollen sie Konfliktfälle frühzeitig identifizieren und lösen (wir berichteten).

Klaus Schulze Langenhorst, Geschäftsführer von SL Naturenergie, wollte letztlich eine richterliche Klarstellung auch in diesem Fall. Der aussichtslos war, wenn man die jüngste Rechtsprechung des 7. Senats vom November 2025 heranzieht (wir berichteten). Vor zwei Monaten hatte der Senat bereits eine 200 Meter hohe Turbine in Mechernich abgelehnt, das ist mit etwa 30 Kilometern Luftlinie mehr als doppelt so weit vom Fliegerhorst Nörvenich entfernt ist wie das Zülpicher Vorhaben.

Die Windvorrangzone der Region – dazu zählen neben Zülpich auch Flächen der Kommunen Vettweiß und Kerpen – ist übrigens keineswegs Windkraft-frei. SL Naturenergie hat dort bereits 23 Turbinen in die Landschaft gepflanzt. Die beiden nun gescheiterten Anlagen vom Typ Enercon E-138 wären die Riesen von Zülpich geworden.

Nur Winzlinge im Anflugkorridor möglich – die baut keiner mehr

Denn es gibt dort bereits seit Ende 2025 neun verwirklichte Anlagen. SL Naturenergie hatte sich dabei strikt an die Vorgaben der Bundeswehr und der Luftaufsicht gehalten. Ein Zukunftsmodell sind sie nicht: Die Modelle E-115 (je 4,2 MW Leistung) sind mit 150 Metern Gesamthöhe aus der Zeit gefallen, kaum noch wirtschaftlich und laut Schulze Langenhorst auch nicht mehr im Enercon-Katalog zu finden.

Sein Blick richtet sich nun auf die Vorgaben der jeweiligen Regionalpläne in NRW. Es geht um die politische Entscheidung, welche Flächen für das vom Bund festgelegte Wind-an-Land-Ziel tatsächlich zählen. Laut Schulze Langenhorst taugten die pro forma vorhandenen Vorrangzonen wie in Zülpich nicht länger für den Regionalplan Köln. Denn am Ende produzierten Hersteller keine Maschinen mehr für so geringe Höhen. Also müssten die Regionalpläne zusätzliche geeignete Gebiete ausweisen, um die Flächenziele des Landes zu erreichen.

Infofern hatte Richter Saurenhaus recht, als er sich im mündlichen Urteil direkt an Schulze Langenhorst wendete. Die Mindestflughöhen der Bundeswehr seien einzuhalten. Das gebiete schon die geopolitische Entwicklung, ein „Ernstfall“ sei mitzudenken, der mehr und geänderten Flugbetrieb erforderlich machen könnte. „Wenn Sie Anlagen nicht niedriger bauen können, müssen Sie woanders bauen.“

// VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

DAMIT BEI IHRER
KUNDENAKQUISE IM
ENERGIEVERTRIEB
SCHNELL DAS EIS
BRICHT.

E-WORLD 2026,
HALLE 1, STAND 1E130

SOPTIM

WIR ENTWICKELN SOFTWARE.
WIR BEWEGEN DIE ENERGIEWIRTSCHAFT.
WIR SIND STARKE PARTNER.

JETZT TERMIN
VEREINBAREN >


POLITIK & RECHT


Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

„Die Kraft-Wärme-Kopplung muss ins GEG“

KWK. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) soll reformiert werden. Die zuständigen Ministerien arbeiten derzeit an einem Eckpunkte-Papier. Die KWK-Branche drängt auf substanziale Änderungen.

Das angekündigte Eckpunktepapier für die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll „bis circa Ende Januar 2026“ ausgearbeitet werden, teilte das Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) auf Anfrage der Redaktion am 22. Januar mit.

Anschließend soll es vom BMWE zügig ins Kabinett eingebracht werden. „Dies ist auch Grundlage für die kommunale Wärmewende“, schreibt das BMWE. Zu Inhalten und Verhandlungsständen der laufenden Gespräche rund um das Eckpunktepapier wollten die beteiligten Ministerien keine Angaben machen.

Zuvor hatte die Bundesregierung im Dezember eine Entscheidung über die Eckpunkte für die Reform auf Ende Januar vertagt. Der Koalitionsvertrag sieht vor, das bisherige GEG durch ein „Gebäudemodernisierungsgesetz“ zu ersetzen. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sagte Mitte Dezember, das neue Gesetz solle technologieoffener und einfacher werden. Bestehende und funktionierende Heizungen sollen weiterlaufen können.

Strittig bleibt vor allem die Vorgabe, neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), kritisierte einen faktischen Zwang zur Wärmepumpe. Bauministerin Verena Hubertz (SPD) warnte dagegen vor Rückschritten beim Klimaschutz. Die Zuständigkeit für das GEG liegt gemeinsam beim Bundeswirtschaftsministerium und beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Technologieoffenheit als Maßstab

Der Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK) bewertet zwar die geplante GEG-Novelle grundsätzlich als wichtiges Signal. Die Branche fordert jedoch mehr Technologieoffenheit, Rechtssicherheit sowie die klare Anerkennung der KWK. Die angekündigte Umbenennung in „Gebäudemodernisierungsgesetz“ dürfe „in keinem Fall bloße Symbolpolitik“ bleiben. Pauschale Vorgaben oder der Ausschluss einzelner Technologien lehnt der Verband ab.

Die Wärmewende gilt als zentrales Transformationsprojekt der kommenden Jahre. Entsprechend groß sei der Bedarf an praktikablen Lösungen, die sich in bestehende Energiesysteme integrieren lassen und Versorgungssicherheit gewährleisten. „Damit muss die Kraft-Wärme-Kopplung auch im Rahmen eines neuen Gebäudemodernisierungsgesetzes anerkannt werden“, plädiert der B.KWK. Die Kraft-Wärme-Kopplung erfülle bereits heute die Anforderungen der Koalition an ein zukünftiges Energiesystem und könne entsprechend als Erfüllungsoption dienen.

Auch für den Vorsitzenden des Landesverbands Erneuerbare Energie Rheinland-Pfalz/Saarland und Mitglied im Vorstand des B.KWK, Christoph Zeis, ist klar: „Die KWK muss ins Gebäudeenergiegesetz.“ Unverständlich sei für ihn, dass die KWK als etablierte Technologie zwar im Wärmeplanungsgesetz (WPG) adressiert sei, im GEG jedoch keine Rolle spiele.

„Dass es eine verstärkte Elektrifizierung auch des Wärmebereichs mit Wärmepumpen geben muss, ist unbestritten“, sagte Zeis, der hauptberuflich Geschäftsführer der kommunalen Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH (EDG) ist. „Es muss aber technisch und wirtschaftlich insbesondere auch mit Blick auf die erforderliche Funktionalität in den Gebäuden umsetzbar sein.“

In der Praxis zeige sich, dass für eine sichere Versorgung molekulare Energieträger unverzichtbar seien. Bioenergie im Wärmesystem könne als speicherbare Energie über KWK-Anlagen zudem eine Ausgleichsfunktion im Stromsystem übernehmen, wenn Wind- und Solarenergie besonders während der Heizperiode Residuallasten hinterlassen.

Daher plädiert Zeis für die Kraft-Wärme-Kopplung als eigenständige Erfüllungsoption in einem reformierten Gebäudeenergiegesetz und auch dafür, dass die Abwärme aus KWK-Anlagen als anrechenbare Option berücksichtigt wird. Damit die KWK ihre systemischen Vorteile künftig ausschöpfen und als Königsdisziplin der Energieeffizienz zum Klimaschutz beitragen könne, müsse die Technologie zunehmend auf grüne Gase umgestellt und flexibler betrieben werden. Dieses Erfordernis sei der Branche bewusst, betonte Zeis.

Der Branchenverband verweist auf die flexible Bereitstellung von Wärme und Strom sowie auf die systemische Einbindung erneuerbarer Energien. Für die Unternehmen seien verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit erforderlich, um Investitionsentscheidungen treffen zu können. Unklare oder kurzfristig geänderte Vorgaben bremsten Investitionen und verzögerten die Transformation des Wärmesystems hin zur Klimaneutralität. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

eex part of eex group

Ihre Kunden wünschen sich Preistransparenz?

↗ Hier das richtige Produkt finden!



DVGW sieht Handlungsbedarf bei Kraftwerken und Wasserstoff



Quelle: Fotolia / JFL Photography

POLITIK. Der DVGW hat in Berlin politische Forderungen für 2026 vorgelegt. Der Verband verlangt mehr steuerbare Kraftwerkskapazitäten und den Schutz kritischer Infrastruktur.

Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaresilienz müssen nach Einschätzung des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) Leitlinien der Energie- und Wasserpolitik bleiben. Bei einem Pressegespräch zum Jahresauftakt in Berlin stellte der DVGW seine politischen Forderungen vor. Im Mittelpunkt steht aus Sicht des Verbands die bezahlbare und sichere Energieversorgung als Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität.

Der DVGW begrüßt die erzielte Einigung zur Kraftwerksstrategie von Europäischer Kommission und Bundesregierung. Der DVGW-Vorstandsvorsitzende Gerald Linke sprach von einem wichtigen Signal für Energiesicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz. „Nun kommt es darauf an, dass die Regierungsparteien die vereinbarten Ziele zügig umsetzen“, mahnte er.

Kraftwerksstrategie noch unzureichend

Der DVGW sieht in der Einigung mit Brüssel ein Bekenntnis zur Rolle von Erdgas in der Transformationsphase hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung. Gaskraftwerke können nach Einschätzung des Verbands die volatile Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ausgleichen und auch bei längeren Dunkelflauten Versorgungssicherheit gewährleisten. Im Vergleich zu Kohlekraftwerken verursachen sie geringere CO2-Emissionen.

Positiv bewertet der DVGW, dass die EU-Vorgaben zur H2-Readiness eine schrittweise Dekarbonisierung ermöglichen und wasserstofffähige Kraftwerke Teil der Ausschreibungen werden sollen. Kritisch sieht der Verband jedoch den Umfang der geplanten Kapazitäten. Die vereinbarten 12.000 MW entsprächen lediglich früheren Planungen und blieben hinter dem von der Bundesregierung genannten Ziel von mindestens 20.000 MW Kapazität zurück. Zudem habe der Neustart des Verfahrens Zeit gekostet. Der DVGW fordert, die Ausschreibungen für steuerbare Kapazitäten noch in diesem Jahr zu starten und weitere Planungen vorzulegen.

Wasserstoffhochlauf braucht klare Mengen

Beim Wasserstoff sieht der DVGW Deutschland in einer möglichen technologischen Schlüsselrolle. Laut dem Verband sichert ein früher Hochlauf die künftige Versorgung mit klimaneutralen Gasen und eröffnet Exportchancen für Technik und Regelwerke. Als Beispiele nennt der DVGW ein Projekt des Kasseler Fernleitungsnetzbetreibers Gascade, bei dem ein rund 400 Kilometer langes Leitungssystem mit Wasserstoff gefüllt wurde, sowie die internationale Zusammenarbeit mit Indien. Dort unterstützte der DVGW die Entwicklung eines Wasserstoff-Regelwerks.

Kritik äußert der Verband am Monitoringbericht der Bundesregierung zur Energiewende vom September 2025. Darin fehlten konkrete Angaben zum künftigen Wasserstoffbedarf. Eine Expertenkommission gehe hingegen von 300 bis 600 Milliarden kWh aus, um die Klimaschutzziele zu erreichen.

Nach Einschätzung des DVGW wird Deutschland zudem ab 2030 verstärkt auf Importe angewiesen sein. Der Verband spricht sich deshalb für einen technologieoffenen Ansatz aus, der verschiedene Erzeugungsarten von Wasserstoff sowie einen stärkeren Ausbau von Biomethan einschließt. Für den Wärmemarkt hält der DVGW einen rein elektrischen Ansatz für nicht ausreichend.

Schutz kritischer Infrastruktur und Wasser als Standortfaktor

Auch beim Schutz der Kritischen Infrastruktur sieht der DVGW politischen Handlungsbedarf. Leitungsverläufe von Gas- und Wasserinfrastrukturen sollten nach Ansicht des Verbands nicht allgemein zugänglich sein. Gleichzeitig fordert der DVGW praxistaugliche Regelungen bei der Umsetzung der europäischen NIS-2-Richtlinie und des geplanten Kritis-Dachgesetzes. Unklare Vorgaben, enge Fristen und zusätzliche Kosten könnten laut dem Verband die Betreiber belasten und die Versorgungssicherheit gefährden.

Die [Energiepolitischen Forderungen des DVGW](#) stehen im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Acht Ostsee-ÜNB planen Offshore-Netze gemeinsam



Quelle: Baltic Offshore Grid Initiative (BOGI)

STROMNETZ. Acht Übertragungsnetzbetreiber haben eine Studie zur grenzüberschreitenden Offshore-Planung der Ostsee vorgelegt, die Netzausbau, Offshore-Wind und Wasserstoff bis 2040 zusammenführt.

Acht Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) aus der Ostseeregion haben erstmals eine umfassende Studie für eine koordinierte, grenzüberschreitende Offshore-Netzinfrastruktur und den Offshore-Windenergieausbau veröffentlicht. Dies teilte der deutsche Partner, der deutsche ÜNB 50 Hertz, am 22. Januar in Berlin mit. Laut den beteiligten Unternehmen soll die Analyse eine Grundlage für besser abgestimmte nationale Planungen und eine gemeinsame Meeresraumplanung in Europa schaffen.

Beteiligt sind die Übertragungsnetzbetreiber aus Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden, die in der Baltic Offshore Grid Initiative (Bogi) organisiert sind. Die Initiative bündelt die Zusammenarbeit der Netzbetreiber mit dem Ziel, den Ausbau von Offshore-Windenergie und Stromnetzen im Ostseeraum systematisch zu koordinieren.

Stromnetze bis 2040 modelliert

Kern der Studie ist eine Modellierung der künftigen Strominfrastruktur bis 2040. Laut der Analyse gelten rund 13.000 MW Kapazität neuer grenzüberschreitender Interkonnektoren als effizient. Hinzu kommen bis zu 50.000 MW zusätzliche Offshore-Windleistung, die langfristig in der Ostsee installiert werden könnten.

Die untersuchten Interkonnektoren umfassen sowohl klassische Punkt-zu-Punkt-Verbindungen zwischen einzelnen Ländern als auch Offshore-Knotenpunkte. Als Beispiel nennen die ÜNB die dänische Insel Bornholm, die sich nach den Ergebnissen der Studie als hybrider Offshore-Hub eignen könnte.

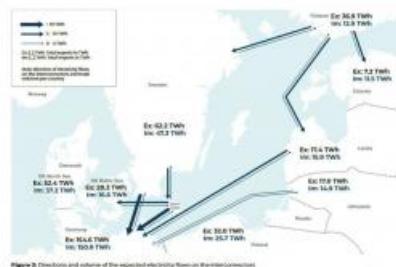
Nach Angaben der Autoren zeigt die Modellierung, dass die identifizierten Interkonnektoren über das Jahr hinweg eine hohe Auslastung erreichen würden. Dadurch könnten Systemkosten gesenkt, Preisspitzen an den Strommärkten abgedämpft und CO2-Emissionen reduziert werden. Die Studie baut auf bestehenden nationalen Ausbauplänen sowie dem europäischen Zehnjahres-Netzentwicklungsplan auf, der von den europäischen Übertragungsnetzbetreibern erstellt wird.

Sektorkopplung mit Wasserstoff

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Sektorkopplung. Offshore-Windenergie werde künftig nicht nur zur Stromversorgung beitragen, sondern auch den Aufbau eines Wasserstoffsystems unterstützen, heißt es in

der Studie. Der Ostseeraum könnte sich langfristig zu einem Nettoexporteur von Strom entwickeln und damit eine wichtige Rolle für die Versorgungssicherheit in Europa übernehmen.

In Sensitivitätsanalysen untersuchten die ÜNB, wie sich unterschiedliche Annahmen auf den Infrastrukturbedarf auswirken. Betrachtet wurden unter anderem verschiedene Entwicklungen der Strom- und Wasserstoffnachfrage, der Ausbau erneuerbarer Energien an Land sowie unterschiedliche Investitionskosten. Laut der Studie variieren Umfang und Standort von Offshore-Wind- und Wasserstoffprojekten je nach Szenario deutlich. Die identifizierten Interkonnektorprojekte erweisen sich jedoch über alle Szenarien hinweg als robust.



Richtung und Strommenge der prognostizierten Ostsee-Interkonnektoren -

Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: BOGI

Mit der Veröffentlichung der Studie positioniert sich die Ostseeregion aus Sicht der beteiligten ÜNB als Vorreiter einer regional abgestimmten Offshore-Planung. Der Ansatz könne als Beispiel für andere europäische Seebecken dienen, etwa für Nordsee oder Mittelmeer. Regionale Zusammenarbeit sei entscheidend, um das Potenzial von Offshore-Windenergie und Stromnetzinfrastruktur effizient zu erschließen.

Zu den beteiligten ÜNB zählen 50 Hertz mit Sitz in Berlin, zuständig für den Netzbetrieb in Ostdeutschland, AST aus Riga für Lettland, Elering aus Tallinn für Estland, Energinet aus Fredericia für Dänemark, Fingrid aus Helsinki für Finnland, Litgrid aus Vilnius für Litauen, PSE aus Warschau für Polen sowie Svenska Kraftnät aus Sundbyberg für Schweden.

Die [Studie der acht Ostseeanrainer ÜNB](#) steht in englischer Sprache als PDF zum Download bereit.

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Isoliergas-Austritt: Jetzt ermittelt der Staatsanwalt



In Bad Wimpfen wird Schwefelhexafluorid produziert. Quelle: Solvay

STROMNETZ. Jetzt ermittelt auch die Staatsanwaltschaft: In Bad Wimpfen in Baden-Württemberg sollen mehrere Tonnen des extrem klimaschädlichen Gases SF 6 ausgetreten sein.

SF6 steht für Schwefelhexafluorid. Es wird als Isoliergas in Hoch- und Höchstspannungsschaltanlagen eingesetzt. Dort ist es in Röhren eingeschlossen, durch die Stromleitungen geführt werden. Wegen der extrem guten Isoliereigenschaften von SF6 – es reagiert praktisch nicht mit anderen Stoffen – können auf diese Weise selbst Höchstspannungsanlagen auf engem Raum in einer Halle untergebracht werden. Leitungen in Freiluftumspannwerken müssen mehrere Meter Abstand voneinander haben, damit es keine Kurzschlüsse gibt.

Der Haken an der Sache: SF6 ist nicht nur extrem, was seine Isoliereigenschaften angeht, sondern verdient den Begriff auch in seiner Eigenschaft als Treibhausgas. Es soll 24.000 Mal klimaschädlicher sein als CO2. Was erstmal kein allzu großes Problem ist, wenn die Schwefelverbindung das tut, was sie soll: Nämlich auf Jahrzehnte abgekapselt in seiner Umspannwerksröhre bleiben, um danach bei einem Abbruch fachgerecht entsorgt zu werden.

Jetzt aber soll SF6 schon bei der Produktion in die Atmosphäre gelangt sein – und zwar in großen Mengen. Das Thema begann schon im Dezember 2025 Kreise zu ziehen und schnell landete der schwarze Peter – neben der Herstellerfirma – auch bei der grün-schwarzen Landesregierung in Stuttgart, genauer gesagt bei Umweltministerin Thekla Walker (Grüne).



SF6-Schaltanlage im Umspannwerk Großgartach in Baden-Württemberg.

Quelle: Tansnet BW

Begonnen hatte alles mit einer Studie der Goethe-Universität Frankfurt. Die Wissenschaftler hatten an einer Messstation im Taunus auffällig hohe SF6-Konzentrationen im Raum Heilbronn gemessen. Die Rede war von tatsächlichen Emissionen im Bereich von 30 Tonnen, gemeldet hatte die betroffene Firma Solvay aber sehr viel weniger. 56 Kilogramm sollen gegenüber dem Umweltministerium für 2023 angegeben worden sein.

Und noch etwas sorgte für Aufregung: Die Auffälligkeiten waren zu dem Zeitpunkt gar nichts Neues: Die Wissenschaftler hatten ihre Beobachtungen schon vor zwei Jahren gemacht. Was wiederum die Frage aufwarf, warum von den Behörden lange nichts unternommen worden war.

Die Frankfurter Atmosphärenforscher selbst entschärften schließlich die Diskussion. Bei der angewandten Methode zur Ermittlung der Emissionen und deren Ursprung habe es sich nicht um eine Standardmethode gehandelt. Dabei geht es um die räumliche Zuordnung der Werte, die an einer 120 Kilometer entfernten Messstation gemacht wurden. Sprich, ob es auch wirklich sicher ist, dass die in Hessen gemessenen Daten aus dem Solvay-Werk in Baden-Württemberg kommen.

Die Wissenschaftler haben also nicht an der Quelle gemessen, meinten aber sicher sagen zu können, dass diese im Großraum Heilbronn sitzt. Und da gibt es eben sonst niemand anders, der infrage kommt, als das Solvay-Werk, erläuterte Prof. Andreas Engel in einem Interview mit der Regionalzeitung Heilbronner Stimme. Eine Behörde müsse aber darauf achten, dass alles rechtssicher ist, zeigte er Verständnis. Und das könne eben dauern.

Auch in einem anderen Punkt mahnte Engel zu etwas weniger Aufgeregtheit: Weltweit gehe es um 8.000 Tonnen SF6 jährlich, 5.000 davon stammen aus China, Solvay mit Hauptsitz in Belgien sei der einzige Produzent in Europa und zur Diskussion stehen 30 Tonnen. Ohne Emissionen gehe es nicht in der Produktion, aber sie müssten so niedrig wie möglich gehalten werden.

Gleichzeitig warnte der Wissenschaftler vor Maßnahmen wie einer Betriebsschließung. Dann müsste das SF6 aus China importiert werden – bei einer mit hoher Wahrscheinlichkeit schlechteren Klimabilanz. Hinzu

kommt ein anderer Klimaaspekt: SF6 ist wichtig für den Bau von Schaltanlagen und Umspannwerken wie sie gerade für die Energiewende verstärkt benötigt werden.

Testbetrieb und Auflagen

Vor Weihnachten nun meldete die Landesregierung, dass ein Vertrag mit der Firma über einen eng überwachten und bis Mitte Mai befristeten Testbetrieb zur weiteren Reduktion von SF6-Emissionen geschlossen wurde. Darin ist geregelt, wie oft die Anlage an- und abgefahren werden darf. Während dieser Zeit müssen regelmäßig Messungen stattfinden. Bei Verstoß gegen diese Auflagen droht eine Strafe von bis zu 100.000 Euro. Diese Woche wurde nun bekannt, dass auch die Staatsanwaltschaft Heilbronn in der Sache Ermittlungen eingeleitet hat. // VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

Sauber, aber nicht nachhaltig



Quelle: Pixabay / NakNakNak / E&M

INSIDE EU ENERGIE. Unser Brüsseler Korrespondent Tom Weingärtner kommentiert in seiner Kolumne „Inside EU Energie“ energiepolitische Themen aus dem EU-Parlament, der EU-Kommission und den Verbänden.

Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich die EU um den Aufbau einer „Energieunion“. Im Kommissionssprech handelt es sich um ein Gebilde mit „fünf Dimensionen“:

- Energiesicherheit durch Diversifizierung, Solidarität und Kooperation
- integrierter Markt ohne technische oder regulatorische Hürden
- Effizienter Einsatz von Energie
- Dekarbonisierung durch erneuerbare Energien
- Innovation und Führungsrolle beim Einsatz „sauberer Technologien“

Der EU-Kommission und dem damaligen Chef Jean-Claude Juncker ging es bei der Erfindung der Energieunion darum, den Grundkonflikt in der europäischen Energiepolitik zu entschärfen:

Die Mitgliedsstaaten im Norden und Westen Union drängten darauf, umwelt- und klimapolitische Erwägungen stärker in Betracht zu ziehen. Die Osteuropäer räumten der Versorgungssicherheit größere Priorität ein und wollten auf den Einsatz heimischer Energieträger(Kohle, Gas, Öl, Kernkraft) nicht verzichten. Beide Seiten können die Ziele der Energieunion für sich in Anspruch nehmen, ohne ihre Positionen aufzugeben.

Die Kommission hat die Dekarbonisierung schneller und konsequenter vorangebracht als die Versorgungssicherheit. Letztere war nach dem russischen Überfall auf die Ukraine nur mit gewissen Einschränkungen gewährleistet. Und obwohl die Energieunion bei genauer Betrachtung vor allem eine Subventionsunion ist, sind die Preise für Energie in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Bereits vor dem Ukrainekrieg und der daraus entstehenden Versorgungskrise gab es reichlich Beihilfen für die europäische Energiewirtschaft: 2021 waren es 213 Milliarden Euro, so nachzulesen im 10. Bericht der Kommission über die Energieunion. 2022 waren es 397 Milliarden und 2023 immer noch 354 Milliarden Euro.

Der größte Teil der Beihilfen, 111 Milliarden, entfiel 2023 auf fossile Brennstoffe, 61 Milliarden auf die erneuerbaren Energien. Die Beihilfen für die Verbesserung der Energieeffizienz, insbesondere für die Renovierung von Gebäuden, wurden von 23 Milliarden in 2021 auf 44 Milliarden Euro in 2023 nahezu

verdoppelt.

Die Erfolge, die mit dem Geld der Steuerzahler erzielt wurden, sind bislang überschaubar. Am deutlichsten sind sie beim Rückgang der Treibhausgase. In Brüssel geht man davon aus, dass die CO2-Emissionen unterhalb der Projektion liegen, obwohl die Angaben der Mitgliedsstaaten nicht ausreichten, um eine Bewertung für die gesamte EU vorzunehmen, heißt es im jüngsten Bericht der Kommission über die Energieunion.

Beim Einsatz der erneuerbaren Energien liegen die meisten Mitgliedsstaaten zwar im Plan. Ihr Ziel von 42,5 Prozent kann die EU aber nur erreichen, wenn das Ausbautempo deutlich erhöht wird. Das bestätigt auch der Verband der Windenergie Windeurope.

Die Verbesserung der Energieeffizienz hat für die Kommission einen hohen Stellenwert, kommt aber nur wenig voran. 2023 lag der Endenergieverbrauch bei 894 Millionen Tonnen Rohöleinheiten (Mtoe), drei Prozent weniger als im Jahr zuvor und noch weit entfernt vom Zielwert für 2030. Ob Energie effizienter eingesetzt wird, ist damit aber nicht gesagt. Das EWI-institut in Köln hat jetzt darauf hingewiesen, dass die Unternehmen Energie auch dadurch sparen, dass sie weniger produzieren oder Produktion in Staaten außerhalb der EU verlagern.

Auch der Aufbau eines integrierten Elektrizitätsmarktes verläuft schleppend. Das Ziel, bis 2030 Interkonnektoren von mindestens 15 Prozent der Erzeugungskapazität zu den Nachbarländern aufzubauen, erreichen voraussichtlich nur die kleinen EU-Staaten. Die Elektrifizierungsquote verharrt seit Jahren bei rund 23 Prozent.

Über die Kosten der Stromerzeugung macht man sich in Brüssel nur wenig Gedanken. Die hat jetzt das EWI zumindest für Deutschland berechnet und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Ausgaben für das Gesamtsystem seit 2017 (damals begann die Juncker-Kommission mit dem Aufbau der Energieunion) deutlich schneller gestiegen sind als vorher.

Stiegen die Systemausgaben von 2010 bis 2017 um 4,1 Prozent pro Jahr, waren es danach (bis 2024) 6,5 Prozent per annum. Ein Grund dafür war die Reform des Emissionshandels: die Ausgaben der Unternehmen für CO2-Zertifikate, die 2017 bei 1,8 Milliarden lagen, beliefen sich 2023, inflationsbereinigt, auf 13,4 Milliarden Euro.

Ein zunehmender Teil der Kosten werde dabei vom Steuerzahler übernommen, heißt es in einer Untersuchung des EWI. 2024 waren es 25,5 Milliarden Euro (ohne Leistungen an die Industrie wie die Strompreiskompensation oder Investitionshilfen), davon entfielen 19,2 Milliarden auf Leistungen nach dem EEG. 2023 zahlte der Staat erstmals mehr an die Elektrizitätswirtschaft aus als er in Form von Steuern und Konzessionsabgaben einnahm. In Köln hält man dieses Modell der Finanzierung nicht für nachhaltig.



Tom Weingärtner

Quelle: E&M

// VON TOM WEINGÄRTNER

[^ Zum Inhalt](#)

 HANDEL & MARKT

Quelle: Fotolia / Wolfgang Jargstorff

Globaler Zubau von Biomassekraftwerken steigt

BIOMASSE. 2025 war das weltweit stärkste Jahr für neue Biomassekraftwerke seit 2018. Besonders Europa und Asien treiben den Ausbau voran – trotz Rückgang in China.

Der globale Zubau von Biomassekraftwerken (BMKW) erreichte 2025 mit mehr als 3.000 MW installierter Leistung den höchsten Stand seit sieben Jahren. Das geht aus der aktuellen Marktstudie „Biomass to Energy 2025/2026“ des Beratungsunternehmens Ecoprog hervor. Insgesamt wurden rund 180 neue Anlagen in Betrieb genommen. Damit steigt der weltweite Bestand auf mehr als 5.800 BMKW mit einer kumulierten Leistung von 94.700 MW.

Asien bleibt führend beim Anlagenbestand mit mehr als 38.000 MW. Europa folgt mit rund 24.000 MW, verzeichnet aber die höchsten Investitionen – sowohl in Neubauten als auch in Modernisierungen und Wartung bestehender Anlagen. Bis 2034 erwartet Ecoprog einen weiteren Anstieg auf etwa 6.800 Anlagen mit knapp 109.000 MW Leistung.

In China wurden 2025 nur rund zehn neue Anlagen mit insgesamt 200 MW errichtet – ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu 2021, als noch etwa 60 Anlagen mit 2.300 MW neu ans Netz gingen. Ursachen sind laut Ecoprog Marktsättigung und sinkende Einspeisetarife.

In Japan hingegen bleibt der Ausbau der Untersuchung zufolge stabil. Zwei Anlagen mit je 50 MW gingen 2025 in Tomakomai und Gobo in Betrieb. Für das kommende Jahrzehnt wird ein Zubau von mehr als 3.000 MW prognostiziert. Auch Vietnam treibt den Ausbau voran und plant bis 2034 mit zusätzlichen 800 MW.

Wachsende Regulierungsanforderungen

In Europa bleibt der Markt den Analysten zufolge trotz wachsender Regulierungsanforderungen durch die EU-Richtlinie RED III aktiv. Der Schwerpunkt verlagert sich zunehmend vom Strom- auf den Wärmemarkt. Investitionsprojekte wie die 250-Millionen-Euro-Anlage von Solvay im spanischen Torrelavega oder die Umrüstung des Kohlekraftwerks im polnischen Częstochowa (Investitionsvolumen: 100 Millionen Euro) belegen diese Entwicklung.

Ein Beispiel für die dynamische Wärmenachfrage ist Frankreich: Der staatliche Wärmefonds stellte 2024 und 2025 jeweils rund 800 Millionen Euro zur Verfügung. Ziel ist es, Biomasse verstärkt zur Dekarbonisierung industrieller Prozesswärme und der Fernwärme einzusetzen.

In den USA treibt vor allem der Kohleausstieg die Entwicklung voran – auch in Verbindung mit BECCS-Technologien (Bioenergy with Carbon Capture and Storage). Brasilien bleibt das Zentrum des südamerikanischen Marktes. Die Studie rechnet dort mit einem weiteren Zubau von rund 3.000 MW bis 2034, vor allem durch die Zucker-, Ethanol- und Zellstoffindustrie.

Die vollständige Studie „[Biomass to Energy 2025/2026](#)“ ist kostenpflichtig auf den Internetseiten von Ecoprog abrufbar. // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

Verbund

Direkt aus der Natur.
Direkt vermarktet.
Strom aus eigener Kraft.

Mehr erfahren!

Ökostrom-Anbieter starten fossilfreie Direktvermarktung



Quelle: Shutterstock / Jevanto Productions

REGENERATIVE. Vier Ökostromanbieter aus Deutschland und Österreich haben das Joint Venture „HandelGrün“ ins Leben gerufen.

Der neuen Ökostrom-Allianz „Handel Grün GmbH & Co. KG“ gehören an: Die Elektrizitätswerke Schönau (Baden-Württemberg), Green Planet Energy (Hamburg) sowie Naturstrom (Düsseldorf) und die Oekostrom AG aus Österreich.

„Mit dem neuen Ökostrom-Direkt- und Flexibilitätsvermarkter bündeln die Gesellschafterinnen ihre Kompetenzen und erschließen neue Geschäftsfelder“, heißt es in einer Mitteilung der Unternehmen. Danach ist jede Gesellschafterin zu 25 Prozent an dem Joint Venture beteiligt. Vermarktet werde ausschließlich Ökostrom – „strikt ohne Verbindungen zur Fossilindustrie“.

Mittelfristig will das Joint Venture mit Sitz in Hamburg neben der etablierten Direktvermarktung von

Windparks, größeren Solar- oder Biomasseanlagen auch die Vermarktung von Photovoltaik-Kleinanlagen und haushaltsnahen Flexibilitäten wie etwa Batteriespeichern übernehmen.

„Bei Handel Grün bleibt alles rein erneuerbar: Wir halten fossile Einflüsse fern, lassen Erlöse im Öko-Sektor und garantieren echte Unabhängigkeit – anders als bei Anbietern mit gemischten Portfolios, wo grüne Einnahmen oft in fossile Projekte fließen. So stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit der Erneuerbaren und treiben die Dekarbonisierung ohne Abstriche voran“, erklärte Handel-Grün-Geschäftsführer Björn Sossong zur Neugründung. Die Direktvermarktung integriere Erneuerbare unmittelbar in den Strommarkt und optimiere Erlöse durch Kurz- und Langfristhandel.

Start mit 400 MW

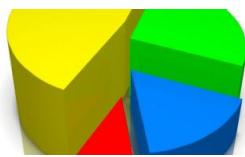
Das Joint Venture hat am 1. Januar 2026 den Betrieb aufgenommen. Erster angestrebter Meilenstein ist der Start der Ökostrom-Direktvermarktung ab dem dritten Quartal 2026. Im ersten Schritt will Handel Grün dafür die Vermarktung von Anlagen der vier Gesellschafterinnen mit einem Volumen von zunächst 400 MW übernehmen. Die Vermarktung von Anlagen externer Betreiber sowie die systemdienliche Vermarktung von Flexibilitäten sollen folgen.

Handel Grün richtet sich an Anlagenbetreiber jeder Größe und übernimmt das gesamte Spektrum der Direktvermarktung: Prognosen und Handelsoptimierung, die Vermarktung nach Marktprämienmodell ebenso wie individuelle Power Purchase Agreements (PPA) inklusive Herkunfts nachweisen sowie die zuverlässige Absicherung gegen Ausgleichsenergierisiken.

„Der Handel von Flexibilitäten und deren Optimierung sollen zukünftig fester Teil von Handel Grün werden. Dieser für die Energiewende essenzielle Baustein ermöglicht eine bessere Integration der Erneuerbaren und hebt damit auch wirtschaftliche Potenziale für Anlagenbetreiber“, so Maximilian Kloess, ebenfalls Geschäftsführer von Handel Grün. // [VON GÜNTER DREWNITZKY](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerk Ostmünsterland macht bei Smartoptimo mit



Quelle: Fotolia / bluedesign

IT. Das Geflecht von Partnerunternehmen wächst. Der Messdienstleister Smartoptimo aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verfügt nun über einen weiteren Gesellschafter.

Wer Smart Meter und dazugehörige Serviceleistungen flächendeckend in den Markt bringen will, braucht eine Reihe von Partnern und Kooperationen. Die von den Stadtwerken Osnabrück und Münster 2009 ins Leben gerufene „smartOptimo“ GmbH wächst in diesem Sinne weiter. Neuer Gesellschafter des Messwesendienstleisters sind nun die Stadtwerke Ostmünsterland.

Das von Rolf Berlemann geführte Versorgungsunternehmen ist nach eigenen Angaben in den Bereichen Strom, Gas, Wasser und Wärme zuständig für mehr als 110.000 Menschen. Sie leben in den Kommunen Drensteinfurt, Ennigerloh, Oelde, Ostbevern, Sendenhorst und Telgte.

Die Stadtwerke Ostmünsterland nutzen nun also die Dienste und Infrastruktur von Smartoptimo, um den Smart-Meter-Rollout in ihrem Versorgungsgebiet voranzubringen. Die Digitalisierung der Energiewende sei dadurch eine gemeinsame Aufgabe, so Rolf Berlemann gemäß einer Unternehmensmitteilung.

Die neue Zusammenarbeit hat bereits zu ersten Ergebnissen geführt. Mit dem Beitritt als Gesellschafter fiel

zeitlich der Abschluss eines gemeinsamen Projekts zur Gateway-Administration zusammen. Smartoptimo-Geschäftsführer Fritz Wengeler hebt dabei den effektiven Austausch zwischen den Unternehmen hervor. Darauf ließen sich weitere Vorhaben im intelligenten Messwesen aufbauen.

Smartoptimo hat seinen Sitz im südniedersächsischen Osnabrück. Das Netzwerk an beteiligten und kooperierenden Stadtwerken ist inzwischen auf über 80 Unternehmen angewachsen. Mit den Ostfriesländern sind nun 33 von ihnen auch Gesellschafter bei Smartoptimo. Sie decken einen Großteil der Mitte und des Nordens von Deutschland ab, bis zu den Stadtwerken Flensburg oder nach Hessen.

Zuletzt präsentierte das von Smartoptimo und den Stadtwerken Osnabrück unterstützte Osnabrücker Start-up Peer Metering im Herbst 2025 einen neuen Kommunikationsadapter. Per Funkverbindung lassen sich mit dem aufsteckbaren Gerät bis zu 30 Zähler an ein Gateway anschließen, auch durch dicke Wände in Mehrfamilienhäusern (wir berichteten). // VON VOLKER STEPHAN

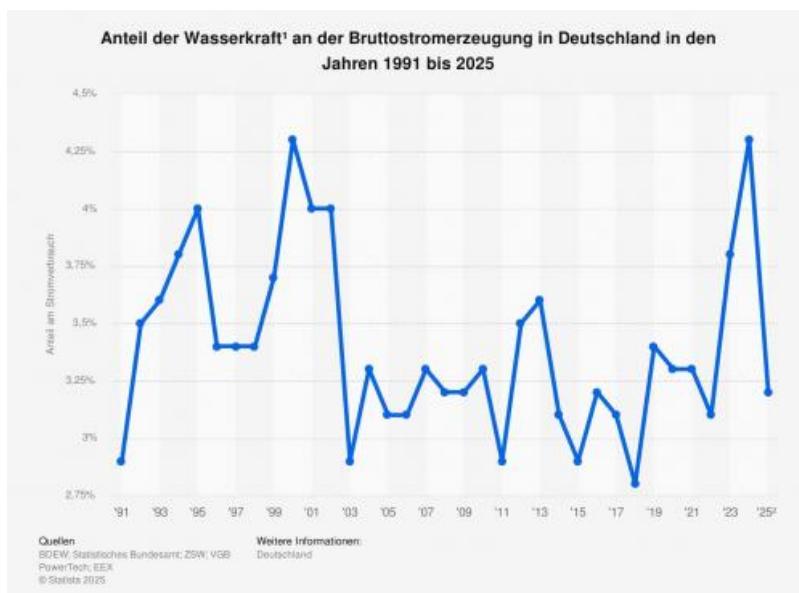
[^ Zum Inhalt](#)

Anteil der Wasserkraft an der Bruttostromerzeugung bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchtet die Redaktion regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Jahr 2025 wurden rund drei Prozent des in Deutschland erzeugten Bruttostroms aus Wasserkraft gewonnen – das entspricht 16 Terawattstunden Strom. Wasserkraftwerke befinden sich hierzulande überwiegend in Süddeutschland. Bayern ist mit Abstand das Bundesland mit den meist gezählten Wasserkraftwerken. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)

TECHNIK



Das neue Innovation Lab im Umspannwerk Maade erstreckt sich über eine Fläche von rund 900 Quadratmetern. Quelle: Jade HS / Markus Hibbeler

KI und Drohnen sollen für sichere Stromnetze sorgen

F&E. Tennet und die Jade Hochschule erforschen gemeinsam Technologien und Methoden zum Einsatz von Drohnen und KI bei der Wartung der Stromnetze. Jetzt ist ein Testfeld in Betrieb gegangen.

Ziel des gemeinsamen Forschungsprojektes zwischen der Jade Hochschule in Niedersachsen und dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet ist es, den Stromnetzbetrieb sowie Inbetriebnahmen, Reparaturen und Wartung der Betriebsanlagen wirtschaftlicher, resilenter und klimafreundlicher gestalten, wie es in einer Unternehmensmitteilung von Tennet heißt. Dabei kommen Drohnen, multispektrale Sensorik und KI-gestützter Datenauswertung zum Einsatz.

Die bisher in Laboren an der Jade Hochschule erforschten Technologien und Methoden sollen künftig im Umspannwerk Maade im niedersächsischen Wilhelmshaven in einem realitätsnahen Umfeld getestet und weiterentwickelt werden. Dafür wurde mit dem „InnovationLab“ im Umspannwerk eine bisher einzigartige Testumgebung geschaffen, die Forschung und Praxis miteinander verbindet.



Drohnen können ihre Arbeiten in der Nähe von Anlagen, die in Betrieb sind, ausführen, ohne dass dabei Stromleitungen abgeschaltet

werden müssen. Quelle: Jade HS / Markus Hibbeler

„Dieses Projekt zeigt sehr deutlich, wie Hochschulen und Unternehmen gemeinsam Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit entwickeln können“, so Prof. Dr. Manfred Weisensee, Präsident der Jade Hochschule, mit ihren Studienorten in Wilhelmshaven, Oldenburg und Elsfleth. Die Kooperation zeichne sich besonders durch die Kombination von wissenschaftlicher Expertise, praktischer Anwendung und regionaler Verankerung aus.

Auch Tennet misst der Zusammenarbeit große Bedeutung bei. CEO Tim Meyerjürgens: „Dieses Forschungsvorhaben ist ein absoluter Vorreiter auf internationaler Ebene. Die bisherigen Veröffentlichungen dazu erzeugen eine sehr positive Resonanz. Die Dronentechnologie erlaubt es, künftig den Bau unseres Stromnetzes zu beschleunigen. Denn Drohnen können ihre Arbeiten in der Nähe von Anlagen, die in Betrieb sind, ausführen, ohne dass wir dabei Stromleitungen abschalten müssen.“

Echter Blaupausen-Charakter

„Das Projekt hat echten Blaupausen-Charakter“, erklärt Sebastian Azer, Projektleiter an der Jade Hochschule, die Besonderheit der Zusammenarbeit. Der Professor für elektrische Energie und Hochspannungstechnik betont: „Mit dem Innovation Lab im Umspannwerk Maade können wir unsere Forschungsergebnisse unter realen Bedingungen testen und verbessern, bevor sie im laufenden Betrieb eingesetzt werden. Dass Tennet auf Basis erster Projektergebnisse bereits Drohnen einsetzt, zeigt den Erfolg unserer Zusammenarbeit.“

Die Zusammenarbeit beider Projektpartner ist langfristig angelegt und soll nach Angaben des Übertragungsnetzbetreibers kontinuierlich weiterentwickelt werden. Ziel sei es, die gewonnenen Erkenntnissen auch auf weitere Anlagen und Standorte zu übertragen, bis hin zu einer netzdeckenden Anwendung.

Innovation Lab

Das Innovation Lab im Umspannwerk Maade erstreckt sich über eine Fläche von rund 900 Quadratmetern. Der Leistungsumfang nach der ersten Ausbauphase soll eine stufenlos einstellbare Prüfspannung von bis zu 300.000 Volt und Prüfströme im Kiloampere-Bereich umfassen. Durch Verwendung der gleichen Assets wie im Übertragungsnetz wird eine realitätsnahe Umgebung für den Drohnenbetrieb erreicht. Die verwendete Sensorik beinhaltet LiDAR-Komponenten und spezifische UV-, IR- sowie RGB-Sensorsysteme. Als Drohnensysteme kommen verschiedene Plattformen mit Docklösungen zum Einsatz.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

FEBRUARY 10 – 12, 2026
ESSEN | GERMANY



UNITE + CONNECT

THE PLACE TO BE IN ENERGY

Neue Kiwigrid-Funktion bindet Wärmepumpen ein



Kiwigrid hat Steuerung für Wärmepumpen integriert. Quelle: Kiwigrid

IT. Der Softwareanbieter Kiwigrid hat seine Plattform um eine intelligente Steuerungsfunktion für Wärmepumpen erweitert.

Das Dresdner IT-Unternehmen Kiwigrid hat in seine Plattform eine intelligente Steuerungsfunktion für Wärmepumpen integriert, teilte der Anbieter am 22. Januar mit. Die Erweiterung ermöglicht es nach Auskunft von Kiwigrid Energieversorgern, Smart-Home-Anbietern und Partnerplattformen, Wärmepumpen gezielt in Energiemanagementstrategien einzubinden – etwa zur Tarifoptimierung, zur Nutzung von Überschussstrom oder zur Einhaltung von Netzanforderungen.

Die neue Kiwigrid-Funktion ergänzt den Automatikbetrieb von Wärmepumpen um externe Eingriffsmöglichkeiten. Energiemanagementsysteme können damit gezielt auf Markt- oder Erzeugungssignale reagieren, ohne dass Endkunden aktiv eingreifen müssen. Über die Anbindung an die Kiwigrid-Plattform kann erkannt werden, ob eine Wärmepumpe steuerbar ist. Unterstützt werden sowohl SG-Ready-Geräte als auch Wärmepumpen mit EEBUS-Schnittstelle. Kiwigrid kündigt an, das unterstützte Gerätportfolio schrittweise zu erweitern.

Für die Steuerung stehen definierte Betriebsmodi zur Verfügung. Der Regular Mode bildet den Standardbetrieb ab. Im Boost Mode erhöht die Anlage ihre Leistung, um günstige Tarife oder hohe Eigenerzeugung zu nutzen. Ergänzend greift eine Dimming-Funktion nach Paragraf 14a EnWG, wenn Netzbetreiber temporäre Leistungsreduzierungen signalisieren. Diese Vorgaben erhalten Priorität und werden automatisch umgesetzt. Die Steuerbefehle können in Echtzeit oder per Zeitplan gesetzt werden.

Grundlage für neue Tarifmodelle

Für Energieversorger eröffnet die Steuerung neue Optionen bei der Gestaltung dynamischer Tarife. Die Wärmepumpen reagieren automatisiert auf Preissignale und netzdienliche Zeitfenster. Das reduziert manuelle Eingriffe und erhöht die Planbarkeit auf Seiten der Anbieter.

Kiwigrid arbeitet nach eigener Auskunft bereits mit Kunden daran, die die neue Funktion kurzfristig in ihr Produktangebot zu integrieren. Über die neue Wärmepumpensteuerung lassen sich Tarifschwankungen, PV-Erzeugung oder Netzsingale intelligent berücksichtigen, ohne dass Endkunden aktiv eingreifen müssen.

Durch die Kombination aus Boost- und Dimming-Modus lassen sich Lastverschiebungen gezielt umsetzen. Kiwigrid beziffert mögliche Verlagerungen von Netzbezügen auf Zeitfenster von bis zu fünf Stunden. Bezogen auf die wachsende Zahl der über Kiwigrid steuerbaren Wärmepumpen eröffnet das ein erhebliches Flexibilitätspotenzial, das sich perspektivisch in messbaren Energieeinsparungen und niedrigeren Leistungsspitzen niederschlägt, schreibt Kiwigrid in seiner Mitteilung weiter.

Kiwigrid, mit Hauptsitz in Dresden, entwickelt Technologien für digitales Energiemanagement in Gebäuden. Für Großkunden stellt Kiwigrid etwa mit der IoT-Plattform „KiwiOS“ eine Grundlage bereit, um eigene Produkte zur Steuerung dezentraler Energieanlagen zu entwickeln. Das Unternehmen beschäftigt mehr als 160 Mitarbeitende. Zu den Partnern zählen unter anderem Solarwatt, EKD, EWE, Tibber und „SpotMyEnergy“. // VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Onshore-Windparks liefern erstmals Regelreserve bei Tennet



Der Windpark Huje/Schleswig-Holstein liefert Regelenergie Quelle: NTTB / Looft-Schmidt

STROMNETZ. Engelhart vermarktet mithilfe von Gridfuse erstmals Onshore-Windparks in der Tennet-Regelzone für automatische Frequenzregelreserve (aFRR), um die Netzstabilität zu stärken.

Seit Anfang Dezember 2025 stellt ein Pool aus Onshore-Windparks automatische Frequenzregelreserve (aFRR) in der Regelzone von Tennet Germany bereit. Vermarkter ist Engelhart. Beteiligt sind außerdem Gridfuse, Enercon, der Windpark Huje sowie der Betreiber NTTB. Laut den Partnern handelt es sich um die erste Zulassung eines Onshore-Windparkpools für aFRR in der größten deutschen Regelzone.

Bei der „aFRR“, auch Sekundärregelleistung genannt, handelt es sich um eine automatisch aktivierte Reserveleistung zur Stabilisierung der Netzfrequenz. Sie wird nach rund 30 Sekunden aktiviert und der Teilnehmer muss innerhalb von fünf Minuten die volle vereinbarte Leistung bringen, nachdem die Primärregelung (Frequency Containment Reserve, FCR) die erste Phase überbrückt hat.

Die „aFRR“ wird später durch die Minutenreserve abgelöst, auch „manuelle Frequenzregelreserve (mFRR)“ genannt. FCR, aFRR und mFRR zählen zu den zentralen Systemdienstleistungen, die Übertragungsnetzbetreiber zur Netzregelung einsetzen.

Fossile Kraftwerke ersetzt

Bislang kamen für diese Aufgaben vor allem fossile Regelkraftwerke zum Einsatz. Nach Angaben der beteiligten Unternehmen zeigen Prognose- und Regelungstechnologien von Windturbinenhersteller Enercon und Gridfuse, dass sich Windparks in Pools ebenso präzise steuern lassen wie konventionelle Anlagen.

Bereits seit Februar 2025 vermarktet Engelhart Flexibilität aus Onshore-Windparks am Markt für

Minutenreserve. Rund 100 MW aus 20 Windparks stehen dort zur Verfügung. Nun wurden laut Engelhart erstmals drei Windparks des Betreibers Looft-Schmidt am Standort Huje in Schleswig-Holstein in die aFRR-Vermarktung überführt. Die verfügbare Flexibilität beträgt rund 28 MW.

Herausfordernde Präqualifikation

Die erforderliche Präqualifikation für den Regelenergiemarkt stellte die Projektpartner vor technische Herausforderungen. Dazu zählten nach Angaben von Gridfuse die Ermittlung einer präzisen Live-Vorhersage der möglichen Einspeisung sowie die Entwicklung eines übergeordneten Pool-Reglers. Ergänzend wurde eine Reglerfunktion für Regelenergie in den Parkregler von Enercon integriert. Damit sei es möglich, auch ältere Windparks für den Regelleistungsmarkt zu erschließen.

Die Projektumsetzung erfolgte nach Angaben der Beteiligten innerhalb weniger Monate. Dazu trugen die Zusammenarbeit zwischen Windparkgesellschaft, Enercon Service, dem Betreiber NTTB und dem Übertragungsnetzbetreiber Tennet Germany sowie die erforderlichen Prüfverfahren bei. Parkbetreiber erhielten dadurch zusätzliche Erlösmöglichkeiten, während Netzbetreiber von einer netzdienlichen Steuerung profitierten.

Mehr Potenzial erschließen

Konrad Wolf von Gridfuse sieht in Onshore-Windparks „ein erhebliches Potenzial für die aFRR“. Mit der geplanten Umstellung auf Viertelstundenzeitscheiben in der aFRR-Vermarktung eröffne sich die Möglichkeit, sowohl positive als auch negative Sekundärregelleistung anzubieten. Gridfuse entwickle die dafür notwendige Technologie seit mehreren Jahren.

Die Partner Engelhart, Gridfuse und Enercon testen nach eigenen Angaben weitere Anlagentypen für eine Lieferung von Regelleistung. Ziel ist es, das Portfolio für den Regelenergiemarkt zu erweitern und weiteren Kunden die Teilnahme zu ermöglichen. // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Volta-Xchange bringt Entscheider zusammen



Quelle: Messe Stuttgart

IN EIGENER SACHE. Am 25. und 26. Februar 2026 findet in der Messe Stuttgart die Konferenz „Volta-Xchange 2026“ statt.

Die „Volta-Xchange“ richtet sich an Entscheider aus Industrie, Energiewirtschaft, Netzbetrieb, Kommunen und Finanzwesen. Inhaltlich behandelt die Veranstaltung den Einsatz von Energiespeichern und Flexibilitätslösungen in industriellen und kommunalen Anwendungen.

Veranstalter ist die Messe Stuttgart. Fachlicher Partner ist der Bundesverband Energiespeicher Systeme (BVES) mit Sitz in Berlin. Energie & Management ist Medienpartner der Veranstaltung.

Die Volta-Xchange ist als zweitägiges Format angelegt. Am Vorabend des 25. Februar stehen eine Begrüßung, ein Markt- und Politikimpuls sowie eine Paneldiskussion auf dem Programm, gefolgt von einem Networking-Format.

Der zweite Veranstaltungstag ist praxisorientiert gestaltet. In zwei parallelen Workshop-Strängen können die Teilnehmenden jeweils zwei Sessions wählen. Thematisch geht es unter anderem um die Stromversorgung von Industrieunternehmen, neue Geschäftsmodelle durch Elektrifizierung und Speicher,

integrierte Energieprojekte in Kommunen und bei Stadtwerken, die Sektorenkopplung von Wärme und Mobilität sowie Gebäude als vernetzte Energiehubs.

Thomas Speidel, Präsident des BVES und CEO von ADS-Tec Energy, ordnet die Rolle von Speichern im Energiesystem ein: „Unsere Energieerzeugung wird zunehmend dezentral und volatil, der Verbrauch ebenfalls. Ein solches System funktioniert nur mit Speichern. Sie sind Voraussetzung für Versorgungssicherheit und Elektrifizierung in Industrie und Kommunen.“

Die Volta-Xchange ergänzt die Messe Volta-X als Dialog- und Austauschformat im Zwischenjahr. Die nächste Volta-X – Energy Systems Expo findet vom 2. bis 4. März 2027 ebenfalls auf dem Gelände der Messe Stuttgart statt.

Das [Programm zur Konferenz Volta-Xchange](#) steht auf der Webseite der Messe Stuttgart zur Verfügung, dort können auch Tickets für die Veranstaltung gebucht werden. // [VON REDAKTION](#)

Diesen Artikel können Sie teilen:

[^ Zum Inhalt](#)

 UNTERNEHMEN


Das Verbund-Kraftwerk im bayerischen Töging. Quelle: Verbund

Lanxess ordert Ökostrom vom Verbund

VERTRIEB. Der österreichische Verbund-Konzern beliefert fünf deutsche Standorte des Chemieproduzenten Lanxess mit Strom aus Wasserkraft.

Der Spezialchemie-Konzern Lanxess und der österreichische Energieversorger Verbund haben einen Grünstrom-Liefervertrag mit einer Laufzeit von drei Jahren abgeschlossen. Der Vertrag sieht die vollständige Stromversorgung der deutschen Lanxess-Produktionsstandorte in Bergkamen, Bitterfeld, Brunsbüttel, Mannheim und Wietmarschen vor.

Der gelieferte Strom stammt aus bestehenden deutschen Wasserkraftwerken am bayerischen Fluss Inn. Insgesamt bezieht Lanxess im Rahmen des Vertrags rund 200 Millionen kWh Grünstrom, heißt es in einer Mitteilung des Energiekonzerns mit Sitz in Wien.

In Bayern sowie an der bayerisch-österreichischen Grenze betreibt der Verbund insgesamt 22 Laufwasserkraftwerke. Die installierte Leistung beträgt 1.040 MW, die jährliche Stromerzeugung liegt bei rund 5,9 Milliarden kWh, davon 4,0 Milliarden kWh für Bayern.

Nach Angaben des Unternehmens setzt Verbund bei seinen bayerischen Wasserkraftwerken auf ökologische Standards zum Schutz der Gewässerökologie. Bis 2030 sind dafür Investitionen von rund 100 Millionen Euro in Bayern und an der Grenze vorgesehen. Rund 30 Millionen Euro wurden bereits ausgegeben.

Im Vergleich zum deutschen Strommix enthalte die nun vereinbarte Stromlieferung rund 60.000 Tonnen weniger CO₂, „womit Lanxess seinen CO₂-Fußabdruck und den seiner Produkte aus den Standorten senkt“. Der Vertrag sei Teil der Konzernstrategie, die Produktion bis 2040 klimaneutral auszurichten.

Lanxess ist ein führender Spezialchemie-Konzern mit Hauptsitz in Köln und tätig in der Entwicklung, Herstellung und im Vertrieb von chemischen Zwischenprodukten, Additiven und verbrauchernahen Schutzprodukten. Im Jahr 2024 erzielte das Unternehmen einen Umsatz von 6,4 Milliarden Euro und beschäftigte rund 12.000 Mitarbeitende in 32 Ländern. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik Erneuerbare Energien Energiemanagement

08152 93 11 88 www.energiejobs.online

Ikea verkauft dynamischen Stromtarif



Quelle: Jueun Song/unsplash

VERTRIEB. Der Möbelhändler Ikea Deutschland bietet gemeinsam mit Svea Solar einen dynamischen Stromtarif an.

Vom Billy-Regal bis zu Grünstrom: Der Möbelriese Ikea hat neben seinen Verkaufsschlagn wie der Regalreihe jetzt ein Stromprodukt im Sortiment: „Svea Strom“ heißt ein dynamischer Tarif, der auf TÜV-zertifiziertem Ökostrom beruht, wie das Unternehmen mitteilt.

Stromlieferant ist die Svea Solar Deutschland GmbH, eine Photovoltaik-Hardware-Vertriebsgesellschaft mit Sitz in Köln, die ihre Wurzeln in Schweden hat. Das Unternehmen kümmert sich neben der Stromlieferung auch um die technische Umsetzung, also etwa die Installation des Smart Meters. Die soll in Pflichteinbaufällen kostenlos ein. Ikea hat in der Vertriebspartnerschaft allein die Vermittlerrolle.

„Die Einführung des dynamischen Stromtarifs ist für uns ein nächster logischer Schritt, um einen aktiven Beitrag zur Energiewende zu leisten. Wir wollen nachhaltige Energie für die vielen Menschen erschwinglich und zugänglich machen, unabhängig von Wohnform, Einkommen oder technischem Vorwissen“, kommentiert Jacqueline Polak, Expertin für Energiesolutions bei Ikea Deutschland, den Vertriebstart.

Rabatt und Einkaufsgutschein

Die Grundgebühr für den dynamischen Tarif beträgt 6,99 Euro pro Monat. Für „Ikea Family“ und „Ikea Business Network Mitglieder“ gibt 15 Prozent Rabatt, sie zahlen monatlich 5,95 Euro. Zudem lockt die Möbelkette mit sechs Monaten ohne Grundgebühr, das gilt für Ikea-Mitglieder, die den Tarif bis 1. Februar abschließen. Und nach sechs Monaten Vertragslaufzeit winkt ein Einkaufsgutschein über 25 Euro bei Ikea.

Der Tarif biete „eine finanziell attraktive Alternative zu Fixpreisangeboten vieler traditioneller Versorger, da kein Risikoaufschlag enthalten ist“, wirbt der Möbelriese. Der dynamische Tarif ist monatlich kündbar.

Im Sommer 2021 hatte der Konzern in Schweden mit „Strömma“ einen eigenen Ökostromtarif ins Angebot genommen. Svea Solar ist seit dem Jahr 2020 in Deutschland vertreten. Nach eigenen Angaben beschäftigt der schwedische Dienstleister europaweit mehr als 900 Mitarbeitende. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

Drei Brandenburger Stadtwerke mit neuen Geschäftsführern



Bürgermeister Jens Richter (CDU) begrüßt SÜW-Chef Michael Woik (r.). Quelle: Stadt Lübben / B. Möbes

PERSONALIE. Stühlerücken in den Führungsetagen von Stadtwerken: Der Abschied von Geschäftsführer Michael Woik in Brandenburg löst im neuen Jahr eine Welle an Neubesetzungen aus.

Die Stadtwerke in Brandenburg an der Havel (STWB) verfügen in naher Zukunft wieder über eine Doppelspitze. Die Stelle des kaufmännischen Geschäftsführers war vakant, weil Michael Woik sich für einen Tapetenwechsel entschieden hatte.

Woik ist seit Jahresbeginn 2026 Verantwortlicher bei der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben (SÜW), ebenfalls Brandenburg. Dort löst er eine Doppelspitze ab, die übergangsweise den Energie- und Wasserversorger geführt hatten.

Dies war erforderlich, weil Marcus Ende den Versorger nach nicht einmal zwei Jahren Amtszeit Ende Juni 2025 wieder verlassen hatte. Lübbens Energieversorger ist mit gut 30 Mitarbeitenden erheblich kleiner als die (STWB).

Für die frei gewordene Führungsposition bei den STWB hat die Kommune dort offenbar auch eine Lösung in nicht allzu weiter Ferne gefunden. Kaufmännischer Geschäftsführer und Woik-Nachfolger soll Jan Dworacek werden. Das berichtet die Märkische Allgemeine Zeitung.

Eine Sprecherin der Stadtwerke Brandenburg wollte auf Anfrage dieser Redaktion die Personalie allerdings noch nicht final bestätigen. Die Bestellung des kaufmännischen Geschäftsführers sei zum derzeitigen Zeitpunkt nicht erfolgt, sagte sie.

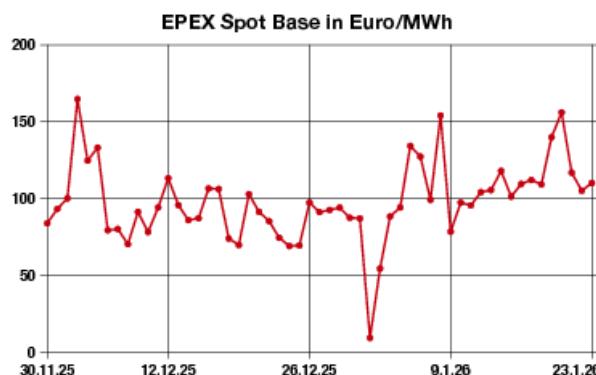
Dworacek würde von Bad Belzig nach Brandenburg zur STWB wechseln. In Bad Belzig hatte er die knifflige Aufgabe übernommen, die vor der Pleite stehenden Stadtwerke in eine stabile Zukunft zu führen (wir berichteten). Hoch riskante Warentermingeschäfte eines Ex-Geschäftsführers mit Strom hatten zu Verlusten von mehr als 20 Millionen Euro geführt.

In Bad Belzig wäre dadurch der zweite Chefposten neben Thomas Tanneberg neu zu vergeben. Es ist erneut von einer Besetzung durch die Remondis-Tochter auszugehen. Eine Anfrage dieser Redaktion liegt den Verantwortlichen in Bad Belzig vor. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



am CO2-Markt bedingt.

Erdgas: Leichter haben sich die Erdgaspreise gezeigt. Am deutschen THE sank der Day-ahead um 0,65 Euro auf 42,40 Euro/MWh. Am TTF fiel der Frontmonat Februar um 0,72 Euro auf immer noch sehr feste 39,03 Euro/MWh. Im frühen Geschäft wurden Preise für den Frontmonat sogar deutlich oberhalb von 40 Euro/MWh gesehen, getrieben durch Sorgen über eine steigende Heiznachfrage und einen Rekordanstieg der Preise in den USA.

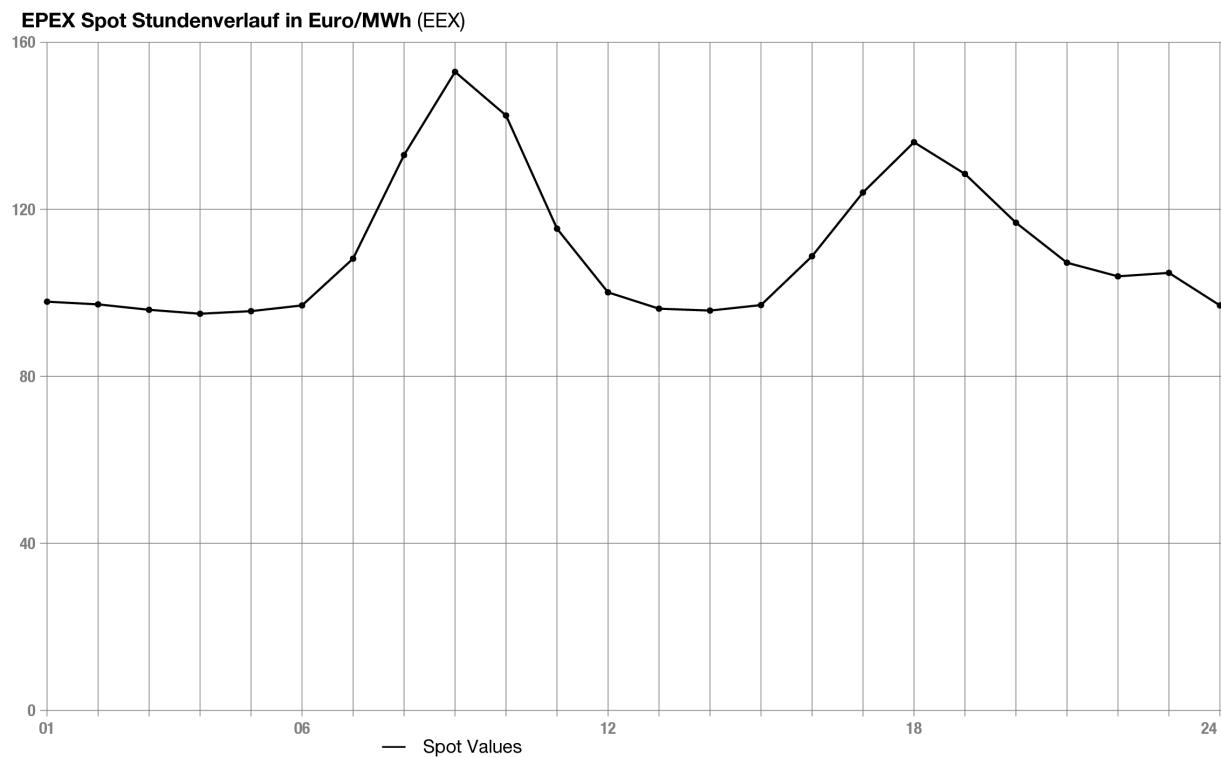
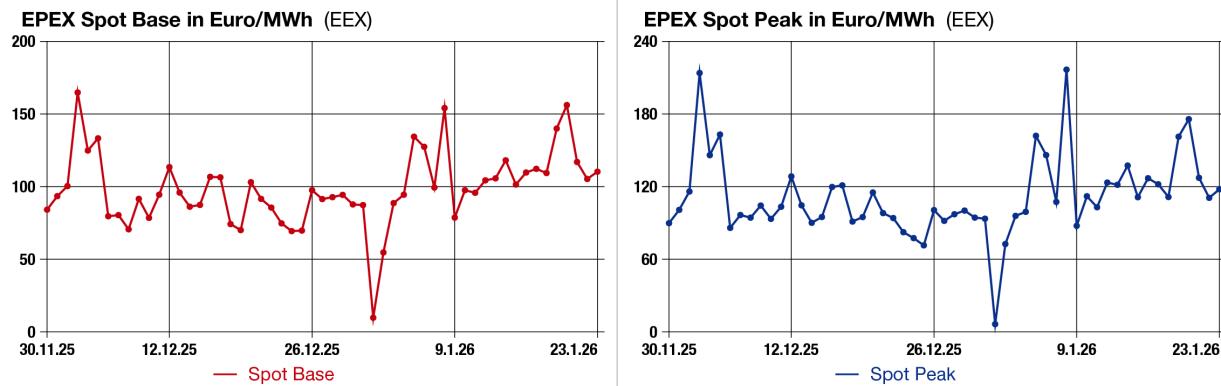
„Der europäische Markt hat mit seinem eigenen kalten Wetter und knappen Lagerbeständen zu kämpfen“, so die Analysten von ING. „Die Versorgungsängste in den USA werden diese Sorgen nur noch verstärken, da es zu Unterbrechungen der LNG-Lieferungen nach Europa kommen könnte.“ Die US-Erdgaspreise für Februar-Lieferungen schlossen in der vorangegangenen Sitzung um 25 Prozent höher. Aufgrund der Kälteprognosen und der EU-Gasvorräte, die nur bei 48 Prozent liegen, dürfte die Volatilität in naher Zukunft hoch bleiben, so die Analysten.

Die Heating Degree Days für Deutschland belaufen sich laut MBI Research aktuell auf 129,4 nach 128,4 am Vortag. Das Saisonmittel beträgt 108,6. // VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt



Strom Terminmarkt

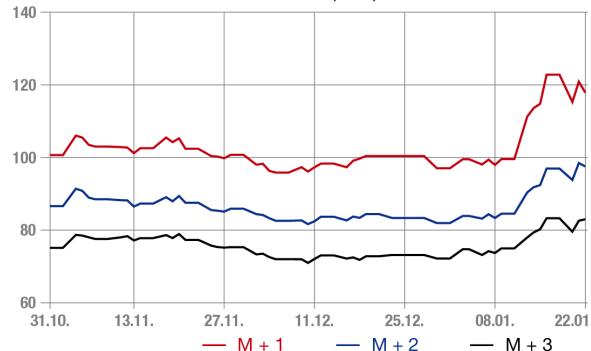
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.01.26	German Power Feb-2026	117,85
M2	22.01.26	German Power Mar-2026	97,54
M3	22.01.26	German Power Apr-2026	83,01
Q1	22.01.26	German Power Q2-2026	78,20
Q2	22.01.26	German Power Q3-2026	87,26
Q3	22.01.26	German Power Q4-2026	100,60
Y1	22.01.26	German Power Cal-2027	87,19
Y2	22.01.26	German Power Cal-2028	80,77
Y3	22.01.26	German Power Cal-2029	76,15

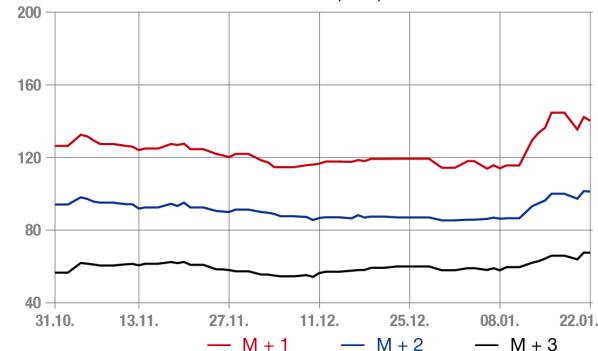
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.01.26	German Power Feb-2026	140,27
M2	22.01.26	German Power Mar-2026	101,19
M3	22.01.26	German Power Apr-2026	67,54
Q1	22.01.26	German Power Q2-2026	57,53
Q2	22.01.26	German Power Q3-2026	78,11
Q3	22.01.26	German Power Q4-2026	122,33
Y1	22.01.26	German Power Cal-2027	91,43
Y2	22.01.26	German Power Cal-2028	84,93
Y3	22.01.26	German Power Cal-2029	81,00

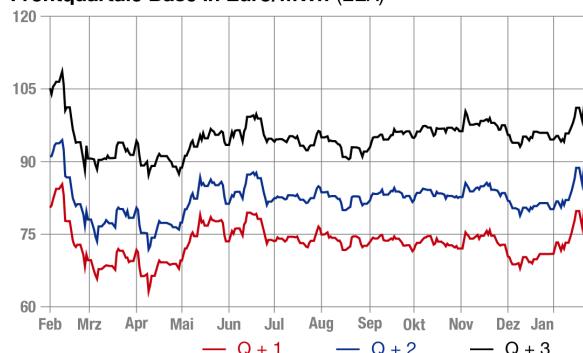
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



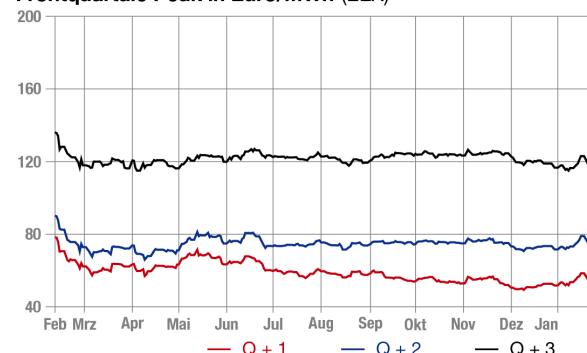
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



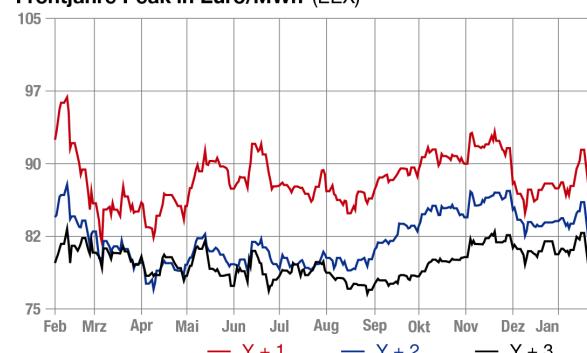
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

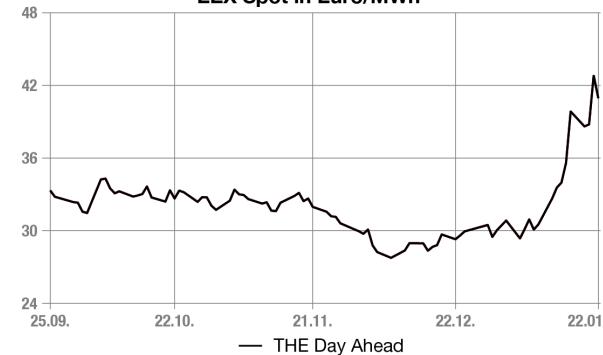
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.01.26	German THE Gas Feb-2026	40,11
M2	22.01.26	German THE Gas Mar-2026	38,36
Q1	22.01.26	German THE Gas Q2-2026	32,78
Q2	22.01.26	German THE Gas Q3-2026	31,48
S1	22.01.26	German THE Gas Win-2026	32,14
S2	22.01.26	German THE Gas Sum-2027	26,99
Y1	22.01.26	German THE Gas Cal 2027	28,58
Y2	22.01.26	German THE Gas Cal 2028	25,74

Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	22.01.26	110,29	EUR/MWh
Germany Spot peak	22.01.26	117,85	EUR/MWh
EUA Feb 2026	21.01.26	85,34	EUR/tonne
Coal API2 Feb 2026	22.01.26	99,35	USD/tonne

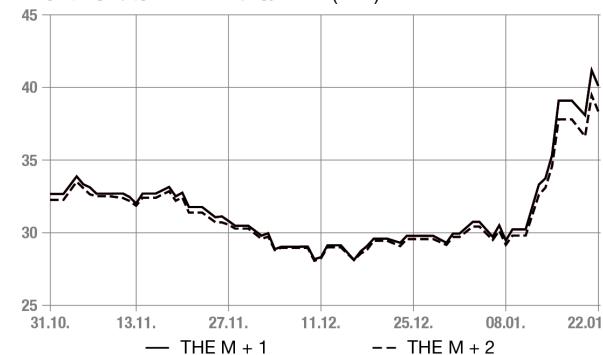
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



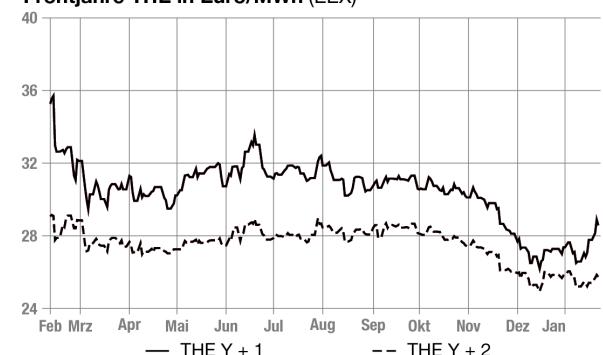
Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	22.01.26	40,95	EUR/MWh
German THE Gas Feb-2026	22.01.26	40,11	EUR/MWh
German THE Gas Cal 2027	22.01.26	28,58	EUR/MWh
Crude Oil Brent Mar-2026	22.01.26	64,06	USD/tonne

Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur W 2 Solarenergie und Gebäudeautomation

Gesucht wird eine durch praktische und wissenschaftliche Tätigkeit ausgewiesene Persönlichkeit, die ...
in Amberg

15.12.2025



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) Standort Schöneberg

Die Berliner Wasserbetriebe sind mit über 4.800 Mitarbeiter:innen das größte Unternehmen der Wasse...
in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

- Festanstellung / Ausbildung
- Homeoffice / Weiterbildung / Sabbatical



Praktikum Supply Chain - Wertstrom-Management International

Eine gute Idee war der Ursprung, ein erfolgreiches Konzept ist das Ergebnis. Qualität zum guten Preis ...
in Neckarsulm

vor 2 h

- Freie Mitarbeit



Stoffstrommanager (m/w/d)

Zum Hauptinhalt springen Stoffstrommanager (m/w/d) Metzingen Vollzeit unbefristet Unternehmens...
in Metzingen

vor 2 h

- Festanstellung
- Weiterbildung / Mitarbeiterrabatte



Schweißer (m/w/d) Schutzgas/ E- Hand

Wir, die expertum GmbH, suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Schweißer (m/w/d) Schutzga...
in Salzgitter

vor 2 h

- Ausbildung / Freie Mitarbeit
- Weiterbildung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting
   

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität
 

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke
 

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung
  

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**
 

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung
  

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE
 

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie
 

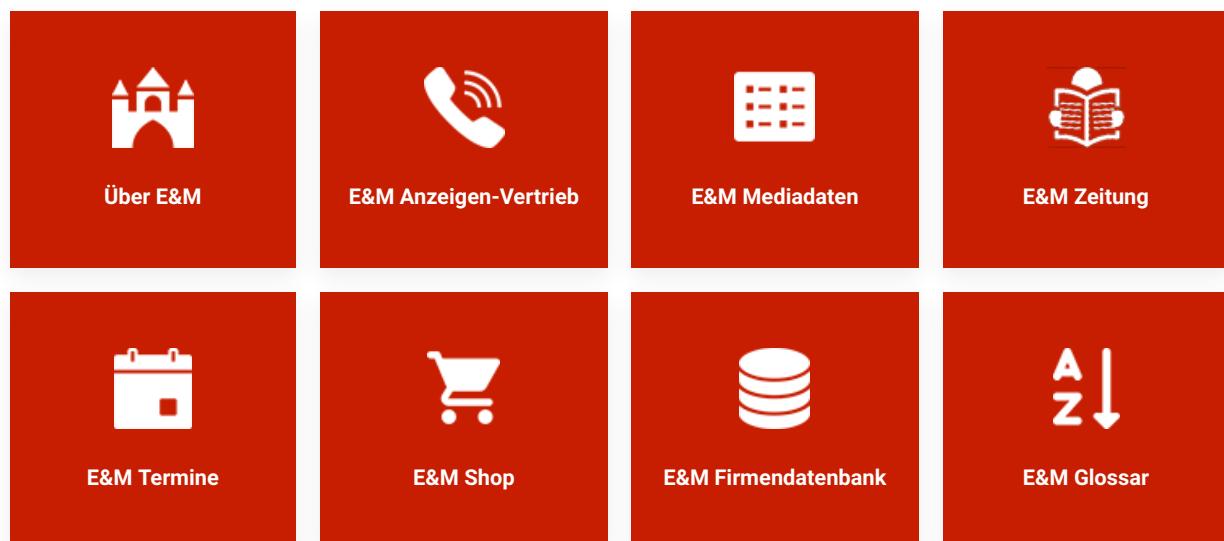
Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke
  

Dariüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan
Manfred Fischer
Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**
 



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH
Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching
Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22
info@emvg.de - www.energie-und-management.de

Geschäftsführer: Martin Brückner
Registergericht: Amtsgericht München
Registernummer: HRB 105 345
Steuer-Nr.: 117 125 51226
Umsatzsteuer-ID-Nr.: DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zu widerhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

